

Fraktion direkt

CDU/CSU Fraktion im Deutschen Bundestag



Thema der Woche

Christliches Leitbild aktueller denn je

Vorstandswahl stärkt Zusammenhalt der Fraktion

Die Fraktionswahlen haben gezeigt, dass die Abgeordneten von CDU und CSU eine echte Gemeinschaft sind. Alle Mitglieder wurden mit guten Ergebnissen in ihren Ämtern bestätigt. Auch ich möchte mich an dieser Stelle für das Vertrauen bedanken, die Fraktion weitere drei Jahre führen zu dürfen. Der Fraktion stehen in naher Zukunft schwierige Entscheidungen und mancher Streit mit der Opposition bevor. Unser Zusammenhalt ist jedoch die Basis, um in jeder Auseinandersetzung erfolgreich sein zu können.

„Die Kirchen werden unsere Gäste sein.“

Wir lassen uns von Überzeugungen leiten. Auf unserem Werte-Kongress zu Beginn der Woche haben wir noch einmal mit Nachdruck unterstrichen, dass das christliche Menschenbild die Basis unseres Handelns ist. 700 Gäste sind unserer Einladung gefolgt. Kaum eine Fraktionsveranstaltung in der jüngeren Vergangenheit ist besser besucht worden. Die Resonanz zeigt, wie sehr den Bürgern das Thema am Herzen liegt. Unser Leitbild ist aktueller denn je.

Die beiden großen christlichen Kirchen hatten ihre höchsten Repräsentanten entsandt. Der Dialog mit dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Robert Zollitsch, und dem amtierenden Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Präses Nikolaus Schneider, war offen und freundschaftlich. Wir werden uns in den nächsten Monaten einigen Fragen speziell zuwenden. Die Kirchen werden stets unsere Gäste sein. So wollen wir diskutieren, was uns das christliche Menschenbild für den Lebensschutz oder die Sozialpolitik sagt.

In der Sozialpolitik beschreitet die Koalition neue Wege. Wir werden die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts

zur Berechnung der Regelsätze umsetzen und endlich ein transparentes System schaffen. Wichtiger ist jedoch, dass wir anders als Rot-Grün mehr für die Kinder tun wollen. Kinder sollen bessere Chancen bekommen. Das ist das Gegenteil von sozialer Kälte. Sozial kalt sind die, die sich mit



Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

den Verhältnissen abfinden wollen und meinen, dass allein durch mehr Geld Probleme gelöst werden können.

Ziel des solidarischen Handelns darf nicht sein, einen unbefriedigenden Zustand einfach nur auf Dauer erträglich zu machen. Vielmehr muss es darum gehen, den in Not geratenen Menschen eine Rückkehr zu einem Leben in Freiheit und Eigenverantwortung zu ermöglichen. Es gilt, Hartz IV nicht möglichst bequem auszugestalten, sondern Menschen aus Hartz IV herauszuholen. Dem stellen wir uns.

Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Inhalt

Christliches Leitbild aktueller denn je	1
Großprojekte sichern die Zukunft Deutschlands	2
„Nichtstun ist keine Option“	3
„Freiheit“ über alles	4
Bekenntnis zum christlichen Menschenbild	5
Klima und Energie – Die „Zukunftsfrage Nummer eins“	6
Neue Regelsätze in der Grundsicherung für Arbeitsuchende	7
Klimaschutz fängt bei der Gebäudesanierung an	7
Von der DDR-Zeit Zeugnis geben	8
Vorstandswahlen	8
Bundeswehrreform	8
Haushalt	8
Gemeinsam Europa voranbringen	9
Kulturförderung als Investition in die Zukunft	10
Letzte Seite	11

Impressum

Herausgeber
Peter Altmaier MdB
Stefan Müller MdB
CDU/CSU Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantwort.)

Telefon (030) 227 53015
Telefax (030) 227 56660
pressestelle@cducsu.de

Kommentar

Großprojekte sichern die Zukunft Deutschlands

Für neue Bahnstrecken, Flughäfen und Energieleitungen

Unseren wirtschaftlichen Wohlstand in Deutschland verdanken wir nicht zuletzt einer hervorragenden Infrastruktur. Diese Stärke müssen wir pflegen. Aber für das immer enger zusammenwachsende Europa, für veränderte Reise- und Transportbedürfnisse, für eine sichere Energieversorgung brauchen wir immer wieder auch neue Lösungen: neue Bahnstrecken, neue Flughäfen, neue Straßen. Wenn es um die Vor- und Nachteile notwendiger großer Bauvorhaben geht, muss natürlich stets für einen fairen Ausgleich zwischen den Betroffenen und dem Gemeinwohl im ganzen Land gesorgt werden. Dafür haben wir in Deutschland kluge, demokratische und rechtsstaatliche Verfahren geschaffen.

Das Projekt „Stuttgart 21“ ist intensiv geprüft und letztlich bestätigt worden. Schließlich haben vor den letzten Landtags- und Kommunalwahlen alle gewusst, wie die Parteien zu „Stuttgart 21“ standen. CDU, FDP und SPD im Landtag von Baden-Württemberg waren noch 2006 gemeinsam für die schnelle Bahnverbindung und den neuen Bahnhof. Heute hängen die Sozialdemokraten ihr Fähnchen plötzlich nach dem Wind der Umfragen und der lauten Demonstranten.

Die großen Chancen für viele dürfen nicht dem kleinlichen Protest jener geopfert werden, die schlicht jede Veränderung ablehnen. Stillstand ist keine Option für eine gute Zukunft. Wir brauchen Modernisierung – gerade auch in der Infrastruktur, der Energieversorgung und bei Verkehrswegen. Der Bahnausbau und der Bahnhof „Stuttgart 21“ sind wichtig für die Stadt und das ganze Land. Stuttgarts Innenstadt wird ergrünen und lebenswerter werden, wenn die alten Gleisanlagen abgebaut werden, die die Stadt in der Mitte durchschneiden. In der für Europa wichtigen West-Ost-Eisenbahn-Magistrale Paris-Stuttgart-Wien-Bratislava wird



Dr. Hans-Peter Friedrich
1. Stellvertretender Vorsitzender

eine Lücke geschlossen.

Ulms SPD-Oberbürgermeister Ivo Göner kämpft für den Ausbau und die schnelle Verbindung seiner Stadt zum Flughafen Stuttgart. Tiefe innere Widersprüche zeigt die Haltung der Grünen: Allgemein fordern sie eine Trendwende weg vom Auto – konkret behindern sie eine große Chance für die Schiene. Auch das Zeitalter der erneuerbaren Energien kommt ohne Großbauvorhaben – etwa für neue Energieleitungen – nicht aus. Wollen die Grünen jedes einzelne bekämpfen – und allgemein für Erneuerbare werben? Solche Doppelzüngigkeit ist nicht glaubwürdig.

Wir stehen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und Ministerpräsident Stefan Mappus ohne Wenn und Aber zu den sorgsam vorbereiteten und überlegt getroffenen Entscheidungen. CDU und CSU sind Volksparteien mit einer Verantwortung für das große Ganze. Das heißt auch, sich gegebenenfalls gegen Stimmungen in der Bevölkerung zu stellen. Denn es geht bei den großen Projekten um die Zukunftsfähigkeit Deutschlands.

„Nichtstun ist keine Option“

Bundestag berät Gesundheitsreform in erster Lesung

Angesichts des Milliardendefizits bei den Krankenkassen ist die von der christlich-liberalen Koalition geplante Gesundheitsreform unverzichtbar. Bei der ersten Lesung im Bundestag sagte der gesundheitspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Jens Spahn, am Donnerstag: „Nichtstun ist keine Option.“ Ohne die Finanzreform drohe einigen Krankenkassen die Insolvenz, warnte Spahn. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Johannes Singhammer nannte den Gesetzentwurf gerecht und solidarisch.

steigen, nachdem die Wirtschafts- und Finanzkrise weitestgehend ausgestanden sei. In der Krise waren sie Mitte 2009 auf 14,9 Prozent gesenkt worden.

Als besonders zukunftsweisend stellten Spahn und Singhammer die Einführung der Zusatzbeiträge heraus. Damit und mit der Deckelung des Arbeitgeberbeitrags bei 7,3 Prozent werden die Krankenkassenbeiträge von den Löhnen stärker entkoppelt. „Das macht die Arbeitsplätze sicherer“, betonte der CSU-Gesundheitsexperte Singhammer. Der Sozialaus-

„Finanzierung auf breitere Schultern gestellt.“

Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) versprach, dass die Menschen in Deutschland auch weiterhin Zugang zur bestmöglichen medizinischen Versorgung haben sollten. Dafür müsse man das System langfristig auf eine solide finanzielle Grundlage stellen.

Spahn kündigte an, dass die Finanzreform nur der erste Schritt sei und im nächsten Jahr auch über eine Strukturreform gesprochen werden müsse. „Wir brauchen eine langfristige Antwort auf das Problem, dass die Gesundheitskosten steigen“, sagte der CDU-Gesundheitsexperte. Er verwies darauf, dass die Menschen ein immer höheres Alter erreichten und dass der medizinische Fortschritt – etwa neue Krebstherapien oder neue Diagnosemöglichkeiten – zusätzliche Kosten erzeugten. Spahn nannte es gerechtfertigt, dass die Beiträge wieder auf den alten Satz von 15,5 Prozent an-

gleich ab einer Belastung von zwei Prozent des Einkommens sei außerdem gerecht und unbürokratisch.

Spahn wies darauf hin, dass der Sozialausgleich künftig aus Steuermitteln finanziert werde. Damit würden auch Einkünfte aus Unternehmensgewinnen, Kapitalerträgen und von Privatversicherten herangezogen. „Der heutige Sozialausgleich findet ausschließlich auf dem Rücken der abhängig Beschäftigten statt“, kritisierte Spahn. Nun werde die Finanzierung auf breitere Schultern gestellt. Durch das automatische Verfahren werde außerdem verhindert, dass die Menschen zu Bittstellern würden.

Eckpunkte der Gesundheitsreform

Deutschland hat eines der leistungsfähigsten Gesundheitswesen weltweit. Um dies trotz des Milliardendefizits der gesetzlichen Krankenkassen, des steigenden Anteils älterer Menschen an der Bevölkerung und des kostenintensiven medizinischen Fortschritts zu erhalten, ist eine Erhöhung der Einnahmen und eine Begrenzung der Ausgaben unerlässlich. Im Folgenden die wichtigsten Eckpunkte:

- Beitragserhöhung: Der Beitragssatz steigt von 14,9 auf 15,5 Prozent. Die Arbeitgeber zahlen nun 7,3 Prozent, die Arbeitnehmer 8,2 Prozent. Der Anteil der Arbeitgeberseite wird festgeschrieben, um künftig zu verhindern, dass Ausgabensteigerungen automatisch zu steigenden Lohnkosten führen.

- Pauschalen: Künftige Mehrkosten für Ärzte, Kliniken und Medikamente müssen die Kassenmitglieder über einkommensunabhängige Zusatzbeiträge finanzieren. Die Pauschale wird von den Kassen individuell festgelegt und ermöglicht damit Wettbewerb. Übersteigt der Zusatzbeitrag zwei Prozent des individuellen sozialversicherungspflichtigen Einkommens, erfolgt automatisch ein Sozialausgleich.

- Ausgabenbegrenzung: Die Verwaltungskosten der Krankenkassen werden auf dem Niveau von 2010 gedeckelt. Auch andere Ausgabenzuwächse bei der ärztlichen Versorgung werden begrenzt.

- Finanzen: Die Einsparungen werden für 2011 auf rund 3,5 Milliarden Euro beziffert. Die Einnahmeerhöhungen sollen rund sechs Milliarden Euro erbringen. Zusammen mit den Einsparungen für Arzneimittel und Impfstoffe, die bereits in einem anderen Gesetz geregelt sind, würde das erwartete Defizit der Kassen in Höhe von elf Milliarden Euro geschlossen.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet ➔ www.cducsu.de
Der Blog der CDU/CSU-Fraktion ➔ blogfraktion.de
Der Podcast von Volker Kauder ➔ ikauder.cducsu.de
Fraktion direkt ➔ www.cducsu.de/fd
(Bitte auf den Pfeil klicken.)



[www.facebook.com/
cducsubundestagsfraktion](http://www.facebook.com/cducsubundestagsfraktion)



[www.youtube.com/
cducsu](http://www.youtube.com/cducsu)



[twitter.com/
cducsu](http://twitter.com/cducsu)

„Freiheit“ über alles

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Arnold Vaatz über die gelungene Wiedervereinigung

Herr Vaatz, ist uns Deutschen die Wiedervereinigung gelungen?

Vaatz: Ja, sie ist uns gelungen. In der Regel wird diese Frage ja anders gestellt, weil die meisten die Antwort schon zu kennen glauben. Gefragt wird: „Was ist denn bei der Wiedervereinigung schiefgelaufen?“ Be-

sen, Renten, Kernkraft. Für die besonderen Anliegen Ostdeutschlands hatte man keine Antenne.

Und was war damals Ihr Kernthema? Vaatz: Freiheit.

Das Jahr 1989 hat die Landkarte Deutschlands und Europas von Grund

hauptsächlich nicht gestellt – etwa: wie geht es den Ostdeutschen im Vergleich zu Russen, Tschechen, Polen, für die es 1990 keine Wiedervereinigung gab? Welche Perspektiven hätte eine selbstständige, sozialistische DDR gehabt? In einer Politbüro-Vorlage von 1989 hieß es: „Das bestehende System der Leitung und Planung hat sich trotz großer Anstrengungen zentraler und örtlicher Organe nicht bewährt. Allein ein Stoppen der Verschuldung würde im Jahre 1990 eine Senkung des Lebensstandards um 25 bis 30 Prozent erfordern und die DDR unregierbar machen.“

Trotz des oft negativen Blicks auf die Wiedervereinigung können Sie sich doch als Sieger der Geschichte fühlen. Vaatz: Die Revolutionäre von 1989 sind nicht die Sieger ihrer Revolution geblieben. Die neue Freiheit konnten meistens diejenigen gut für sich nutzen, die diese Freiheit bis zuletzt bekämpft hatten: die alten DDR-Eliten. Sie hatten, im Gegensatz zu den einfachen Bürgern, was man nun brauchte: Herrschaftswissen, Führungserfahrung, materielle Ressourcen. Und sie waren bestens miteinander verdrahtet.



Am Tag der Deutschen Einheit 1990 am Brandenburger Tor

stimmte Kreise im Westen sehnten sich seit 1990 danach, die Einheit als missglückt abzubuchen. Deshalb suchte man unter den Ostdeutschen, bis man Gesinnungsfreunde unter ihnen fand, Gregor Gysi an der Spitze. Die wurden und werden zu Sprechern Ostdeutschlands stilisiert und durch Talkshows und Zeitungsspalten geschoben. Und dort bestätigen sie dann den erwünschten Befund.

Was, glauben Sie, ist die Ursache für diese selektive Wahrnehmung seitens eines großen Teils der westdeutschen Öffentlichkeit?

Vaatz: Die DDR verschwand, als die linke westdeutsche Medienszene es gerade geschafft hatte, das Wort „Wiedervereinigung“ aus der Liste der politisch korrekten Vokabeln herauszustreichen. Die westdeutschen Kernthemen damals waren Tarifverhandlungen, Steuern, Krankenkas-

auf geändert. Aber stabiler als Landkarten sind Köpfe – Köpfe, die die veränderte Realität einfach nicht zur Kenntnis nehmen wollten. In diesen

„In den Köpfen kam das Wort Deutschland gar nicht mehr vor.“

Köpfen kam das Wort Deutschland gar nicht mehr vor. Die Bundesrepublik war ein Land, in dem es in weiten Teilen politisch unkorrekt war, das Wort Deutschland überhaupt noch auszusprechen.

Das wollten wir natürlich ändern – neben unserem Streben nach Freiheit.

Und wie sehen Sie die Debatte zur Wiedervereinigung heute?

Vaatz: Wichtige Fragen werden über-

In der westdeutschen Gesellschaft hingegen wollten sich die verschiedenen Körperschaften möglichst schnell einen ostdeutschen Arm zulegen. Dabei griffen sie auf die einst von der SED aufgebauten Personalkörper der alten DDR-Eliten zurück.

Hätte man mir 1989 die Frage gestellt, was ich besser fände – weiter DDR oder aber das heutige Deutschland – ich hätte natürlich das Letztere gewählt, schon wegen meiner Kinder.

Bekenntnis zum christlichen Menschenbild

700 Gäste beim Wertekongress – Zollitsch und Schneider diskutierten mit Unionsabgeordneten – Folgeveranstaltungen geplant

Das christliche Menschenbild ist für die Union das Fundament ihrer Politik. Mit diesem Bekenntnis legte der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Volker Kauder, den Grundstein für eine Veranstaltungsreihe, die sich mit den unverrückbaren Werten der Union auseinandersetzt. Den Auftakt bildete am Montag der Kongress „Das ‚C‘ ist für uns Programm - Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes“, zu dem knapp 700 Gäste aus dem gesamten Bundesgebiet nach Berlin gereist waren. Die Folgeveranstaltungen werden sich mit speziellen Themen wie Wirtschaftsethik, Lebensschutz, Bewahrung der Schöpfung und wertegeleiteter Außenpolitik befassen.

Zu den ehernen Grundsätzen christdemokratischer und christsozialer Politik gehört laut Kauder der Einsatz für die weltweite Geltung der Religionsfreiheit als elementares Menschenrecht. Dies bedeute einerseits, dass Muslime in Deutschland ihren Glauben frei leben und dafür Moscheen errichten dürften, andererseits aber eben auch das Recht der Christen, überall auf dieser Welt Kirchen zu bauen. Daneben unterstrich Kauder den Stellenwert der Familie auf der Grundlage der Ehe von Frau und Mann: Wahlfreiheit für Familien bedeute auch, dass Mütter und Väter, die zeitweise ganz für ihre Familie da sein wollten, dafür Achtung in der Gesellschaft erfahren. Auch den umfassenden Schutz des menschlichen

„Das ‚C‘ ist Zeichen für Demut.“

Lebens an seinem Anfang und Ende stellte er als grundlegende Aufgabe für jeden Christen heraus.

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Robert Zollitsch, würdigte die Tatsache, dass sich die Union mit ihrem christlichen

Fundament so ausdrücklich auseinandersetze. Er wisse um die Schwierigkeit, dass sich aus dem christlichen Glauben kein bestimmtes politisches Programm ableiten lasse, sagte. Die Kirchen könnten aber für Maßstäbe sorgen, an denen sich die Politik orientieren könne. Zollitsch unterstrich die integrierende Funktion des Christlichen für die verschiedenen Wurzeln der Partei, das Konservative, das Liberale und das Soziale.

Der amtierende Vorsitzende des

in der Forderung: Kindeswohl geht vor Elternrecht. Die Chancengleichheit und Teilhabe aller Kinder am gesellschaftlichen Leben müsse gewährleistet sein. Der außenpolitische Sprecher Philipp Mißfelder betonte die Notwendigkeit, die christlichen Grundzüge der Gesellschaft wieder stärker ins alltägliche Bewusstsein zu rufen.

Die Kirchenbeauftragte Maria Flachsbarth unterstrich zudem, dass der Dialog mit den kirchlichen Ver-



Kauder mit Teilnehmern der Podiumsdiskussion

Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Präses Nikolaus Schneider, erinnerte an den Gründungsauftrag der CDU, in dem es heißt: Der Mensch ist zur Freiheit in Verantwortung berufen. Aus der Ehrfurcht vor seinem Schöpfer folgt die Unmöglichkeit der Vergottung von Ideen, Personen oder auch Parteien. Auch das „C“ im Parteinamen sei daher ein Zeichen der Demut. Er rief den Zuhörern ins Gewissen, dass der Mensch nicht das Maß aller Dinge und nicht alles beliebig sei. Bei der Umsetzung des „C“ zum Wohle aller seien Dialog und Kompromisse unverzichtbar.

In der Diskussion vor der eindrucksvollen Kulisse des voll besetzten Foyers des Paul-Löbe-Hauses war sich Präses Schneider mit der familienpolitischen Sprecherin Dorothee Bär einig

tretern in der Union Kontinuität habe und an bewährte Gesprächsgrundlagen anknüpfe. Sie bezeichnete das „C“ im Parteinamen als besonderen Auftrag und Element der Selbstvergewisserung. Maria Flachsbarth betonte, dass die Union auch ein Angebot für Migranten sei, die sich zum Wohl des Landes politisch engagieren wollten. Die Union stehe allen Menschen offen, die sich zum Grundsatzprogramm der Partei auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes bekennen könnten.

Einigkeit bestand auf dem Podium darin, dass Christen sich trauen sollten, ihr Zeugnis deutlich in die Öffentlichkeit zu tragen. Auch dafür konnte der Kongress mit seiner großen Beteiligung ein Zeichen setzen.

Klima und Energie – Die „Zukunftsfrage Nummer eins“

Kongress über Schlüsseltechnologien für eine nachhaltige Zukunft

Der Weg in eine nachhaltige Zukunft ist ohne Technologiesprünge nicht zu schaffen. Deutschland als Land der Hochtechnologie hat dafür beste Voraussetzungen. Doch wo genau liegen die Zukunftschancen? Welches sind die Technologien mit dem größten Potenzial? Auf welchen Gebieten ist Deutschland stark, auf welchen muss es stärker werden? Eine entscheidende Rolle für die künftige Energieversorgung spielt das Energiekonzept der Bundesregierung, das am 28. September im Kabinett beschlossen wurde. Vor diesem Hintergrund hat die Fraktion am Mittwoch den Kongress „Klima und Energie – Technologien für eine nachhaltige Zukunft“ veranstaltet.

Der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder nannte die Energieversorgung die „Zukunftsfrage Nummer eins“. Dabei gehe es nicht nur um die Erzeugung von Energie, sondern auch um deren Transport zum Endverbraucher. Hierfür sei eine moderne Infrastruktur notwendig. Als Exportnation trage Deutschland außerdem Verantwortung dafür, dass auch andere Länder von einer umweltgerechten Energieversorgung profitierten. Das Energiekonzept der christlich-liberalen Koalition bezeichnete er als „großen Wurf“ und als Notwendigkeit. „Dass sich das Klima ändert, das ist Realität“, betonte Kauder. Nun komme es darauf an, diese Entwicklung zu stoppen.

„Die Energieversorgung ist eine Lebensader für die Volkswirtschaft.“

Der für Umwelt und Reaktorsicherheit zuständige stellvertretende Fraktionsvorsitzende Christian Ruck stellte die Technologieoffenheit des Konzepts in den Mittelpunkt. Ohne technologischen Fortschritt seien ehrgeizige Klimaschutzziele sowie eine preisgünstige und sichere Energieversorgung nicht zu verwirklichen. Er

erinnerte daran, dass durch technologischen Fortschritt auch Arbeitsplätze erhalten und die Chancen Deutschlands auf dem Weltmarkt verbessert würden. Ruck betonte sein Vertrauen in die deutsche Ingenieurskunst und Naturwissenschaft und bat die anwesenden Experten um Rat.

Bundesumweltminister Norbert Röttgen hob die enorme Tragweite

Der energiepolitische Koordinator der Fraktion, Thomas Bareiß, stellte klar, dass die Ziele des Energiekonzepts keine Selbstläufer seien: „Die technologische Entwicklung in Deutschland muss damit Schritt halten.“ Mit dem energiepolitischen Gesamtkonzept seien die politischen Voraussetzungen geschaffen. Nun müssten die richtigen Stellschrauben



Thomas Bareiß, Dr. Norbert Röttgen, Volker Kauder

des energiepolitischen Gesamtkonzepts für Deutschland hervor. „Dies ist ein Meilenstein in der Wirtschaftsgeschichte unseres Landes.“ Die langfristige Perspektive über 40 Jahre hinweg sei notwendige Bedingung dafür, dass Unternehmen Investitionsentscheidungen in erheblicher Größenordnung treffen könnten, etwa für den Bau von Kraftwerken. „Politik hat hier eine Bringschuld, und die heißt Verlässlichkeit“, sagte Röttgen

gedreht werden, damit Deutschland technologieführend bleibe.

Zugleich warnte Bareiß vor einem drohenden Anstieg des Stromimports, der den Szenarien des Konzepts zufolge droht: „Deutschland hat das technologische Potenzial, um diese Entwicklung zu verhindern.“ Er fügte hinzu, dass der Standortnachteil Deutschlands im Bereich erneuerbarer Energien durch die Ausschöpfung der technologischen Entwicklungspotenziale Deutschlands ausgeglichen werden müsse.

Namhafte Gäste aus Forschung und Wirtschaft nahmen an den Diskussionen in den anschließenden Panels über Schlüsseltechnologien, Entwicklungspotenziale erneuerbarer Energien, Speicherprojekte und CO₂-Vermeidungsstrategien teil.

und fügte hinzu: „Die Energieversorgung ist eine Lebensader für die Volkswirtschaft.“ Die Umsetzung des Energiekonzepts der Regierung werde durch Etappenziele und einen engen Monitoringprozess erleichtert. Auch die Instrumente seien in zwei Maßnahmenpaketen festgelegt.

Neue Regelsätze in der Grundsicherung für Arbeitsuchende

Investitionen in die Köpfe der Kinder – Bildungspaket umfasst 620 Millionen Euro pro Jahr

Der Koalitionsausschuss hat sich auf transparente, faire und zukunftsorientierte neue Regelsätze in der Grundsicherung für Arbeitsuchende verständigt. Die Regelleistungen bleiben stabil – sowohl bei den Erwachsenen als auch bei den Kindern. Die neue Regelleistung für alleinstehende und alleinerziehende Erwachsene wird künftig 364 Euro betragen. Das ist eine Steigerung um fünf Euro. Obwohl die Regelleistung für Kinder und Jugendliche den neuen Berechnungen zufolge hätte sinken müssen, werden diese Sätze nicht verringert. Die Familien haben sich auf das bisherige Existenzminimum eingerichtet und sollen Vertrauensschutz genießen.

Mit der von Bundessozialministerin Ursula von der Leyen erarbeiteten Neubemessung liegen nunmehr nachvollziehbare Hartz-IV-Sätze – auch für Kinder und Jugendliche – vor. Nur dazu und nicht zu einer Erhöhung der

Regelleistung hatte das Bundesverfassungsgericht den Gesetzgeber in seinem Urteil vom 9. Februar 2010 verpflichtet. Die Notwendigkeit von Sozialtransfers als Akt der Solidarität stellt die Union grundsätzlich nicht in Frage. Ziel des solidarischen Handelns darf aber nicht dauerhaft erträgliche Ausgestaltung der Not sein. Vielmehr geht es der Union darum, den in Not geratenen Menschen die Rückkehr zu einem Leben in Freiheit und Eigenverantwortung zu ermöglichen und Gerechtigkeit auch gegenüber denen zu üben, die mit harter Arbeit ein geringes Einkommen erwirtschaften.

Wir wollen die Menschen aus Hartz IV herausholen. Das erreichen wir insbesondere durch eine Politik, die in die Fähigkeiten und Köpfe der Kinder und Jugendlichen investiert. Wir wollen, dass diese Kinder eine Perspektive bekommen, später ohne fremde Hilfe ihr Leben zu meistern.

Zentraler Bestandteil unserer Neuregelung ist deshalb ein Bildungspaket in Höhe von 620 Millionen Euro pro Jahr. Durch dieses Bildungspaket erhält jedes Kind Zugang zu einem Sportverein, zu Ferienfreizeiten und außerschulischer Bildung mit einem Jahresbeitrag bis zu 120 Euro (Budget monatlich zehn Euro), Schulmaterial im Gegenwert von 100 Euro im Schuljahr (70 Euro zu Schuljahresbeginn, 30 Euro zum Halbjahresbeginn) und einen Zuschuss zu Schul- und Kitaausflügen von 30 Euro im Jahr. Kinder und Jugendliche, die am Kita- oder Schulmittagessen teilnehmen, erhalten einen Zuschuss von ca. zwei Euro pro Mittagessen. Kinder mit objektiven Schulproblemen erhalten ergänzend zu den schulischen Angeboten soweit erforderlich eine angemessene Lernförderung.

Klimaschutz fängt bei der Gebäudesanierung an

Energiekonzept sieht Anreize für Eigentümer vor – Mietrecht wird novelliert

Die heute in Deutschland stehenden Gebäude tragen zu rund 40 Prozent zum sogenannten Endenergieverbrauch bei und verursachen so etwa ein Drittel der CO₂-Emissionen. Damit ist klar: Klimaschutz muss die vorhandenen Gebäude mit einbeziehen. Zurzeit wird pro Jahr nur etwa ein Prozent der Gebäude energetisch saniert. Wenn wir unsere Klimaziele erreichen wollen, muss diese Sanierungsrate deutlich steigen. Das Energiekonzept sieht eine Verdopplung auf zwei Prozent vor. Damit streben wir bis 2020 eine Reduzierung des Wärmebedarfs um 20 Prozent und bis 2050 eine Minderung des Primärenergiebedarfs von 80 Prozent an.

Diese Ziele sind nur mit einer Fülle von Maßnahmen zu erreichen. Dabei ist besonders wichtig, Anreizsysteme und Planungssicherheit für die Eigentümer zu schaffen. Zwangsmaßnahmen lehnen wir ab.

Einsparpotenziale realisieren

So werden wir u.a. das erfolgreiche CO₂-Gebäudesanierungsprogramm finanziell besser ausstatten. Das Marktanreizprogramm zur Förderung erneuerbarer Energien wird mit zusätzlichen Mitteln fortgeführt, und ein kommunales Förderprogramm „Energetische Städtebausanierung“ wird bei der KfW geschaffen. Auch

wird das Mietrecht novelliert, um stärkere Anreize zur energetischen Gebäudesanierung zu setzen. Die Möglichkeiten des Energie-Contracting – Energiedienstleistungen durch Dritte – werden erweitert. Somit können vor allem auch im Mietwohnungsbereich bestehende Einsparpotenziale realisiert werden. Im Wärmemarkt werden wir die Energiesteuern stärker nach den CO₂-Emissionen der fossilen Energieträger ausrichten.

Und: Die Bundesregierung verpflichtet sich, bei künftigen Neubauten und bei bestehenden Liegenschaften eine Vorbildfunktion bei der Reduzierung des Energieverbrauchs einzunehmen.

Von der DDR-Zeit Zeugnis geben

Fachgespräch zur verstärkten Aufarbeitung der DDR-Diktatur

Die Aufarbeitung unserer jüngsten Geschichte, insbesondere der SED-Diktatur sowie der Tätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit, ist der CDU/CSU-Fraktion seit 1990 ein wichtiges, grundsätzliches Anliegen. Einen Schlussstrich darf es hier ebenso wenig geben wie bei der Aufarbeitung der NS-Diktatur.

Vor dem Hintergrund der alarmierenden Ergebnisse der Schroeder-Studie, wonach mehr als 50 Prozent der Jugendlichen die DDR für keine Diktatur halten und das Jahr des Mauerbaus nicht kennen, sind dringende Maßnahmen zur Aufklärung und Vermittlung unserer jüngsten deutschen Geschichte notwendig.

In Zeiten, in denen DDR-Unrecht unwidersprochen schöneredet wird, stehen wir alle mehr denn je in der Verantwortung, unseren Einsatz bei der Aufarbeitung der DDR-Diktatur zu verstärken. Wir müssen die Erinnerung für die kommenden Generationen wach halten.

Im Koalitionsvertrag haben wir folgende Aussage getroffen: „Um der Verklärung der SED-Diktatur entgegenzuwirken, wird die Bundesregierung ihre Maßnahmen zur geschichtlichen Aufarbeitung verstärken. Die Bundesregierung wird im Laufe des Jahres 2010 dazu konkrete Vorschläge unterbreiten.“

Im Mittelpunkt eines Fachgesprächs der CDU/CSU-Fraktion am 30. September stand die Einrichtung eines Zeitzeugenbüros, für das im Bundeshaushalt 2010 sowie in der mittelfristigen Finanzplanung jährlich 200.000 Euro eingestellt werden. Die Arbeit mit Zeitzeugen gehört zu den wirkungsvollsten Mitteln bei der Geschichtsdarstellung vieler Gedenkstätten. Denn die Authentizität des Ortes wird geprägt von den Erlebnissen der Zeitzeugen, vor allem der Opfer. Eine bundesweite zentrale Anlaufstelle, die alle Themenbereiche erfasst, gibt es jedoch noch nicht.

Da die wissenschaftliche Dokumentation bei den Gedenkstätten und Aufarbeitungseinrichtungen bereits weit gediehen ist, soll sich das Zeitzeugenbüro darauf konzentrieren, die Betroffenen bundesweit zu vermitteln. Dabei sollten die bereits vorhandenen Angebote der Zeitzeugenarbeit aus allen Bereichen der DDR-Diktatur – beispielsweise Stasi-Tätigkeit, Haftlinge, Schule und Berufsleben, Partei und Massenorganisationen – miteinander koordiniert werden.

Neben der Birthler-Behörde und der Bundeszentrale für politische Bildung werden vor allem die drei großen Berliner Einrichtungen „Stiftung Aufarbeitung“, „Stiftung Berlin-Hohenschönhausen“ und „Stiftung Berliner Mauer“ eingebunden. Themenschwerpunkte sind dabei „Friedliche Revolution“, „Verfolgung und politische Haft“ sowie „Mauer und Teilung“.

Kurz notiert

Vorstandswahlen

Diese Woche hat die Fraktion in den Vorstandswahlen ihre Führung bestätigt.

Gemäß Nr. 3 Satz 1 der Vereinbarung über die Fortführung der Fraktionsgemeinschaft zwischen CDU und CSU werden die Ämter in der Fraktion zu Beginn der Wahlperiode zunächst für ein Jahr, dann für den Rest der Wahlperiode vergeben.

Zur Wahl standen demnach:

- » der Fraktionsvorsitzende
- » die Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU
- » die Parlamentarischen Geschäftsführer und der Justiziar der CDU
- » die AG-Vorsitzenden und Obleute (auch die der CSU angehörenden)

- » die CDU-Beisitzer im Fraktionsvorstand
- » sonstige Fraktionsgremien (Ehrenrat, Finanzkommission und Kas senkontrollkommission)

Die CSU-Landesgruppe hatte 2009 ihre Vertreter (Stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Fraktionsgeschäftsführer) bereits für die ganze Legislaturperiode gewählt.

Bundeswehrreform

Die Präsidien von CDU und CSU haben sich für eine umfassende Bundeswehrreform ausgesprochen. Dabei soll die jetzt 250.000 Soldaten umfassende Truppe stark verkleinert werden. Die bislang genannte Untergrenze von 163.500 Soldaten wurde

allerdings als zu niedrig erachtet. Die Wehrpflicht wird nach dem Willen der Präsidien ausgesetzt. Darüber entscheiden allerdings endgültig erst die Parteitage von CDU und CSU im Oktober und November.

Haushalt

Der Bundestag beriet in erster Lesung das Haushaltsbegleitgesetz 2011, das sogenannte Sparpaket. Bis zum Jahre 2014 soll mit den darin geplanten Maßnahmen ein Einsparvolumen von 20 Milliarden Euro erreicht werden. So ist beispielsweise die Einführung einer Luftverkehrsabgabe vorgesehen. Zugleich sind Kürzungen beim Wohn- und Elterngeld für Hartz-IV-Empfänger geplant.

Gemeinsam Europa voranbringen

Geschäftsführender Vorstand bei der ÖVP in Wien



Das Treffen im Sitzungssaal der ÖVP im österreichischen Bundestag

Gelungenes Treffen des Geschäftsführenden Fraktionsvorstands mit der Spitze des Parlamentsklubs der ÖVP: Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion will die Zusammenarbeit mit ihren Freunden in Österreich rasch vertiefen. Grund: Der Vertrag von Lissabon stärkt in Europa zwar die Rechte der

weiter geöffnet werden, aber nur wenn sie die Beitrittskriterien strikt einhalten.

Konsens gab es auch in der Finanz- und Haushaltspolitik: Bei der Bewältigung der Finanzkrise ist es das Ziel, den Finanzsektor an den Kosten zu beteiligen und effektive Krisenpräven-

te zu konsolidieren. In dem Beschluss heißt es auch: „Wir lehnen weiterhin eine Transfergemeinschaft ab.“

In einem gemeinsamen Fazit erklärten der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder, sein 1. Stellvertreter Hans-Peter Friedrich und ÖVP-Klubobmann Karlheinz Kopf am Ende der Beratungen:

„Wir Parlamentarier müssen auf europäischer Ebene stärker zusammenarbeiten, um das Gewicht der nationalen Parlamente zu erhöhen. Trotz des Vertrags von Lissabon würde ansonsten Europa weiter von den Regierungen dominiert.“ Schon in der ersten Hälfte des Jahres 2011 wollen beide Fraktionsspitzen den Dialog in Berlin fortsetzen.

„Wir lehnen weiterhin eine Transfergemeinschaft ab.“

nationalen Parlamente. Eine kraftvolle Stimme werden diese aber nur sein, wenn sie sich auch untereinander abstimmen – zumindest in der Parteienfamilie der EVP. Dabei wollen die Fraktionen von CDU/CSU und ÖVP nun den Anfang machen.

Zwei Tage diskutierten die Spitzen der beiden Parlamentsfraktionen am 20. und 21. September in Wien über die politische Situation in ihren Ländern. Im Mittelpunkt standen die Europa- und Finanzpolitik. So wollen sich beide Fraktionen vor allem in der Frage abstimmen, wann in Brüssel gemäß dem Grundsatz der Subsidiarität die Stimme erhoben werden muss, damit nicht alle Bereiche auf EU-Ebene geregelt werden. Den Staaten des Westbalkans soll der Weg in die EU

tion zu betreiben. Für die dauerhafte Stabilität des Euro muss nach dem Beschluss beider Seiten das Vertrauen in die gemeinsame Währung gestärkt werden. Jedes Mitgliedsland sei daher gefordert, seine öffentlichen Haushal-



Volker Kauder und Hans-Peter Friedrich mit ÖVP-Klubobmann Karlheinz Kopf

Kulturförderung als Investition in die Zukunft

AG Kultur und Medien traf kulturpolitische Sprecher der Landtagsfraktionen

Das Thema kulturelle Bildung soll in der Kulturpolitik künftig einen größeren Stellenwert als bisher erhalten. Darauf verständigte sich die Arbeitsgruppe Kultur und Medien bei ihrem Treffen mit den kultur- und den medienpolitischen Sprechern der Unions-Landtagsfraktionen am 16. September.

der Haushalts- und Betriebsstättenabgabe. Aus Sicht vieler Teilnehmer sind jedoch noch eine Reihe von Fragen in der konkreten Umsetzung – etwa die zukünftige Gebührenbelastung für das Handwerk und die Tourismuswirtschaft – ungeklärt. Die Landtage sollten stärker als bei früheren Rundfunkstaatsverträgen am Ver-

des medienpolitischen Expertenkreises der CDU unter Leitung des Landtagsabgeordneten Andreas Krautscheid und Staatsminister Bernd Neumann sowie die Einrichtung der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Internet und digitale Gesellschaft“ und des Unterausschusses Neue Medien.

Der regelmäßige Austausch und die Vernetzung der Bundestagsfraktion mit den maßgeblichen Entscheidungsträgern auf Länderebene ist wichtig, da die Länder sowohl in der Kultur- als auch in der Medienpolitik über wesentliche Kompetenzen verfügen.

Die Runde, die in dieser Form zum vierten Mal zusammentraf, war sich einig, dass sich die Union in kultur- und medienpolitischen Fragen besser abstimmen und – soweit dies geht – mit einer Stimme sprechen müsse. Die Teilnehmer betonten, dass das Gewicht der Parlamente gegenüber der Exekutive gerade in medienpolitischen Fragen gestärkt werden müsse. Sie begrüßten, dass die AG Medien der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzendenkonferenz verstärkt mit Staatsminister Neumann den Kontakt suchen wird.

„Das Ziel der Werbe- und Sponsoringfreiheit der öffentlich-rechtlichen Programme hält die Union weiterhin für richtig.“

Bei der Zusammenkunft wurde allgemein begrüßt, dass die von der Bundesregierung eingesetzte Gemeindefinanzkommission den Auftrag hat, die erheblichen Folgen der kommunalen Haushaltsdefizite für den Kultursektor zu berücksichtigen. Kulturförderung als Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft bleibt auch weiterhin die Maxime der Union.

Intensiv erörtert wurde die Digitalisierung der Kinos. Die Anstrengungen der Bundesregierung, mit ihrem Förderkonzept zur Sicherung der Kinovielfalt und damit der kulturellen Vielfalt in der Fläche beizutragen, wurden gelobt. An die Länder, die bislang noch keine Förderzusagen gemacht haben, wurde ein entsprechender Appell gerichtet. Kinos in den Ländern, die die Umstellung auf digitale Technik nicht unterstützen, werden auch keine Bundesförderung erhalten. Sie wären damit zweifach benachteiligt.

Die bereits begonnene Lutherdekade wurde als Anlass für gemeinsame Initiativen von Bund und Ländern zur Ausgestaltung des Jubiläumsjahres und der nächsten Dekade gesehen.

In der Medienpolitik bekennt sich die Union zur geplanten Einführung

fahren beteiligt werden. Das Ziel der Werbe- und Sponsoringfreiheit der öffentlich-rechtlichen Programme hält die Union weiterhin für richtig.

Kontrovers diskutiert wurde über den künftigen Umfang von Online-Aktivitäten der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, ihre Folgen für private Wettbewerber und das Anrecht der Gebührenzahler auf die Nutzung online gestellter Inhalte.

Begrüßt wurde die Wiedereinsetzung



AG Kultur und Medien mit Sprechern der Landtagsfraktionen

Rund drei Viertel der allein lebenden Seniorinnen sind verwitwet

Wiesbaden – 73 Prozent der allein lebenden Frauen ab 60 Jahren waren 2009 verwitwet. Rund jede siebte allein lebende Seniorin war geschieden (15 Prozent) und jede zehnte ledig (zehn Prozent). Verheiratet, aber vom Partner getrennt lebend waren zwei Prozent der Seniorinnen. Diese Ergebnisse des Mikrozensus, der größten jährlichen Haushaltsbefragung in Europa, teilt das Statistische Bundesamt (Destatis) zum internationalen Tag der älteren Menschen am 1. Oktober mit.

Ältere Menschen bleiben nach dem Verlust des Partners häufig allein im eigenen Haushalt. Da die durchschnittliche Lebenserwartung von Männern kürzer ist, sind besonders Frauen davon betroffen. Von allen Frauen ab 60 Jahren, die 2009 in einem Privathaushalt lebten, wohnten 40 Prozent allein in einem Einpersonenhaushalt. In der Altersgruppe von 60 bis 64 Jahren war der Anteil der allein lebenden Frauen noch relativ gering (23 Prozent). In der Altersgruppe von 70 bis 74 Jahren betrug die Quote der alleinlebenden Frauen bereits 36 Prozent. Ab 85 Jahren lebten fast drei Viertel (74 Prozent) der Frauen allein.

Von den allein lebenden Männern im Alter ab 60 Jahren war 2009 weniger als die Hälfte (45 Prozent) Witwer, zu je einem Viertel waren sie geschieden (24 Prozent) oder ledig (23 Prozent). Verheiratet, aber von der Partnerin getrennt lebend waren acht Prozent der Senioren.

Von allen Männern ab 60 Jahren, die 2009 in einem Privathaushalt lebten, wohnten 18 Prozent allein in einem Einpersonenhaushalt. Mit fortschreitendem Alter nimmt die Quote der alleinlebenden Männer weniger stark zu als die der Frauen. Ab 85 Jahren lebten 35 Prozent der Männer allein. Damit war dieser Anteil nicht einmal halb so hoch wie bei den Frauen.



Betriebsausflug der Mitarbeiter der CDU/CSU-Fraktion nach Grünau: Die Ruderer des „schwarzen Drachens“ besiegten die konkurrierenden Boote. Volker Kauder, Peter Altmaier und Stefan Müller feuerten die Ruderer vom Ufer aus an.

Unterdurchschnittliche Apfelernte im Jahr 2010 erwartet

Wiesbaden – Die deutschen Baumobstbauern erwarten in diesem Jahr eine Apfelernte von gut 830.000 Tonnen. Nach vorläufigen Schätzungen wird das Ernteergebnis damit um gut 14 Prozent unter dem zehnjährigen Durchschnitt liegen, wie das Statistische Bundesamt mitteilte. Im Vergleich zum Erntejahr 2009, als nahezu 1,1 Millionen Tonnen geerntet wurden, entspricht das einem Rückgang von rund 22 Prozent. Für die deutschen Apfelerzeuger haben sich Spätfröste während der Blüte, Nässe im Mai sowie die anschließende Hitze und Trockenheit sehr nachteilig ausgewirkt. Zurückgegangen ist auch die deutsche Anbaufläche für Äpfel um gut elf Prozent in den vergangenen zehn Jahren.

Die wichtigsten Apfel-Anbauggebiete liegen in Baden-Württemberg (Bodenseeregion), in Niedersachsen („Altes Land“) sowie in Sachsen.

Volker Kauder erhält Medienpreis

Große Ehre für Volker Kauder: Der Fraktionsvorsitzende erhielt am Mittwoch den Medienpreis «Goldener Kompass» des evangelikalen Medienverbandes KEP. Damit würdigte der Verband den Einsatz des CDU-Politikers für verfolgte Christen. Kauder

erhielt den Preis vom Geschäftsführer des Medienverbandes, Wolfgang Baake. Baake ist zugleich Bevollmächtigter der Deutschen Evangelischen Allianz, des bundesweiten Dachverbandes der Evangelikalen, am Sitz der Bundesregierung.

Termine

4. Oktober 2010	Fachtagung Pflege
6. Oktober 2010	Kongress Biologische Vielfalt und Klima
15. Oktober 2010	Integrationskongress
27. Oktober 2010	Kongress Frauen in Führungspositionen